

# Rechtfertigung oder Überwindung der Kultur der Gewalt?

## Warum die Kritik an der Friedenspädagogik verfehlt ist

### Im Sog der Einseitigkeiten?

Seit Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine ist das eingetreten, was der deutsche Bundeskanzler als *Zeitenwende* bezeichnet hat. Der Krieg um Gaza hat diese Tendenz noch verstärkt. *Zeitenwende* ist allerdings kein Faktum, sondern eine Proklamation. Es ist, auf den eigentlichen Nenner gebracht, die Absicht, Deutschland „kriegstüchtig“ zu machen, wie es Außenminister Pistorius ausdrückt (ZEIT online, 29.10.2023). Es ist die Abkehr von jeglicher Friedenspolitik zugunsten von Aufrüstung und vor allem ein „Mentalitätswechsel“ (wieder Pistorius) in Richtung Militarismus und „Wehrhaftigkeit“ (noch immer Pistorius). Dass sich dabei gerade die Grünen und die Sozialdemokratie hervortun, zeigt, ebenso wie die fast einheitliche mediale Unterstützung, die Stärke dieser Tendenz. Alle geraten, mit den Worten der Wiener Philosophin Isolde Charim, in den „Sog der Einseitigkeiten“ (2023, S. 9).

Dies führt zu dem traurig-ironischen Paradox, dass gerade in Kriegszeiten, wo die Suche nach Friedenslösungen immer dringender wird, ebendiese Bemühungen diffamiert und behindert werden. „Pazifismus“ und „Friedensverhandlungen“ sind zu Unwörtern geworden. Und wer sich öffentlich mit einer abweichenden Meinung, etwa zum Gaza-Krieg, äußert, wie der Direktor des Schweizer Friedensforschungsinstituts Swisspeace, Laurent Goetschel, dem werden sofort Fördergelder für die Forschung gestrichen. Inzwischen greift der Trend zur „Wehrhaftigkeit“ auf immer weitere gesellschaftliche Bereiche über. An Universitäten und Kultureinrichtungen werden, besonders seit dem Beginn des Gaza-Krieges, Konferenzen abgesagt, Referent/-innen ausgeladen, Preise ausgesetzt und Ausstellungen verschoben.

Und nun wird die *Zeitenwende* auch in der Bildung, und speziell im Bereich der Friedenspädagogik, durchdekliniert. Dabei geht die Initiative nicht von der Politik, sondern von den pädagogischen Wissenschaften selbst aus. Offenbar soll in der Friedenspädagogik die Ethik des Friedens durch eine Ethik des gerechten Krieges ersetzt werden. Das ist nicht ganz neu, schon Ende 2022 hat Georg Schuster gezeigt, wie eine vorgebliche Friedenserziehung die Frage von Krieg und Frieden entpolitisiert und zugleich die Unterstützung der Kriegspartei Ukraine „kindergerecht“ rechtfertigt (Schuster, 2022). Neu aber ist, dass nun anerkannte Expert/-innen der Politischen Bildung diese „Neuaufrichtung“ theoretisch begründen und praktisch einfordern – sozusagen eine „vorausseilende Unduldsamkeit“ gegenüber abweichenden Meinungen. Es handelt sich um zwei Aufsätze von Wolfgang Sanders bzw. Hermann Josef Abs.

### „Friedenspolitischen Bildung“ statt „Friedenserziehung“?

Der Text von Wolfgang Sander ist in der Broschüre mit dem Titel *Wi(e)der den Krieg*, herausgegeben vom Forum Politische Bildung in Wien, erschienen. Es ist meines Wissens die erste pädagogische Handreichung zum Krieg Russland-Ukraine im deutschen Sprach-

raum überhaupt, und das ist sicher ein Verdienst. In seinem Aufsatz (*Nie wieder Krieg? Fragen an die Politische Bildung*) stellt Wolfgang Sander (2023) fest, dass bislang ein „breiter Konsens über die Ächtung des Krieges als Mittel der Politik“ geherrscht habe, der durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine grundsätzlich erschüttert worden sei. Deshalb müssten „ältere pädagogische Konzepte, die die Stiftung und Sicherung von Frieden in der Welt in erster Linie von unterschiedlichen Ansätzen der *Friedenserziehung* erhofften, als überholt betrachtet werden.“ (Sander, 2023, S. 18) Es sei daher an der Zeit, „von der Friedenserziehung zur friedenspolitischen Bildung“ (ebd.) überzugehen. Damit kommt er zum Kern seines Anliegen, zur Kritik des *normativen Institutionalismus*, der auf *soft power* setze. Dieser müsse nun ersetzt werden durch einen *außenpolitischen Realismus*, der „moralisch indifferent, mit Ausnahme des Ziels der Friedenssicherung“ (ebd.) sei. Die Position von Wolfgang Sander ist aus friedenspädagogischer Sicht problematisch, doch er argumentiert sein Anliegen nachvollziehbar und er hält jedenfalls an einem Pluralismus in der Politischen Bildung fest.

### Friedensbildung für eine „wehrhafte Demokratie“?

Ungleich radikaler tritt Hermann Josef Abs in seinem Artikel *Der Krieg in der Ukraine als neuer Horizont für politische Bildung und Demokratiepädagogik* auf. Auch er geht davon aus, dass angesichts des russischen Angriffskrieges bisherige Haltungen und Konzepte ihre Gültigkeit verloren hätten. Es folgt eine starke Ansage: Dieser Kriege rücke „die Fragen nach der Unterstützung für ein staatliches militärisches Engagement und nach der individuellen Beteiligung als Soldat/-in ins Zentrum der politischen Optionen für mündige Bürger:innen“ (Abs, 2023, S. 168). Politische Bildung müsse diese Neuorientierung unterstützen. Als Hindernis dabei macht Abs eine „ablehnende Perspektive auf alles Militärische wie auch auf Rüstungsproduktion und -exporte und im Gegenzug die Förderung pazifistischer Haltungen“ aus (ebd.). Dies sei historisch, mit Blick auf den Krieg des Hitler-Regimes, verständlich. Doch heute gelte es stattdessen, „das Konzept einer Pädagogik der wehrhaften Demokratie unter Einschluss der militärischen Verteidigung in den nächsten Jahren neu zu erarbeiten“ (ebd.). Pädagogik müsse die „(militärische) Verteidigung der Demokratie als staatlicher Regierungsform in Deutschland unterstützen“ (ebd., S. 377). Er verweist auf das Recht auf militärische Verteidigung im Angriffsfall (UN-Charta, Art. 51). Dies zu vermitteln „gehört auch dann zu den Aufgaben von Lehrkräften, wenn sie als Privatpersonen Pazifist:innen sein mögen“ (ebd.). Dass im gleichen Artikel 51 auch die Pflicht zur Bemühung um friedliche Streitbeilegung festgeschrieben ist, erwähnt Abs nicht. Daher „darf Schule das Bild der Soldat:innen nicht an einem einzigen Kontext festmachen, sondern muss auch Beispiele integrieren, in denen der Tod von Soldat:innen Dankbarkeit verdient“. Politische Bildung müsse also „auch eine Pädagogik der militärischen Verteidigung einschließen“ (ebd.).

## Gerechter Krieg oder Überwindung des Kriegssystems?

Die gemeinsame Argumentationsfigur der beiden Aufsätze besteht darin, Friedensbildung – verstanden als Erziehung zur Überwindung von Krieg – zu relativieren und abzuwerten. Friedensbildung wird fälschlicherweise ausschließlich als Konsequenz des Lernens aus der Kriegspolitik des NS-Regimes verstanden. Das ermöglicht den Autoren, diesen Pazifismus auf der einen Seite gutzuheißen und ihn zugleich für historisch erledigt zu erklären. Daher brauche es nun eine neue Pädagogik, die Sander den Übergang „von der Friedenserziehung zur friedenspolitischen Bildung“ nennt. Abs hat weniger terminologischen Ehrgeiz, ist aber konsequenter dabei, Friedensbildung für die Unterstützung staatlicher Militärpolitik zu funktionalisieren. Der Kern des Anliegens beider Autoren ist offenbar die Wiedereinführung der Doktrin des *gerechten Krieges* in die Politische Bildung, wobei Wolfgang Sander allerdings wesentlich vorsichtiger und zurückhaltender argumentiert. Politische Bildung müsse die bislang verfeimte kriegerische Gewalt als politisches Mittel wieder rehabilitieren. Da es im Verteidigungsfall – siehe Ukraine – nur den Weg der kriegerischen Gegengewalt gebe, müsse eben auch die Bildung ein positives Bild des Soldatentums, des militärischen Engagements und von gerechtfertigten Kriegen zeichnen. Die beiden Autoren arbeiten dabei mit einigen fragwürdigen Argumentationsfiguren, um ihre Position als plausibel hinzustellen. Zunächst zeichnen sie eine Karikatur dessen, was unter Friedensbildung zu verstehen ist, um dagegen umso leichter polemisieren zu können. Sie behaupten ferner, dass Friedensbildung für Zeiten des Friedens ausgelegt und daher heute nicht mehr praktikabel sei. Schließlich tun sie so, als wären die westlichen Staaten in einer Situation aufgezwungener Kriegsvorbereitungen, zu denen es keine Alternativen gäbe – ungeachtet dessen, dass sie mit ihren Vorstößen selbst diese Militarisierung des Denkens vorantreiben.

## Worum geht es bei der Friedensbildung?

Diese Darstellung der Friedenspädagogik als letztlich eine deutsche Sonderentwicklung, die die Erfahrungen mit dem NS-Regime in unzulässiger Weise verallgemeinert und enthistorisiert hat, ist falsch. Friedenspädagogik versteht sich als Bestandteil eines kulturellen Wandels – von einer Kultur der Gewalt und des Krieges hin zu einer Kultur des Friedens. Dies aus der Erkenntnis, dass nur eine radikale gesellschaftliche Transformation letztlich auch den Frieden sichern könne. Friedenspädagogik ist eben Teil dieser größeren Strategie, die die Doyenne der internationalen Friedenspädagogik, die US-amerikanische Pädagogin Betty A. Reardon, einmal genannt hat „a strategy of change, designed for the achievement of peace and the pursuit of human fulfillment, in short, the antithesis of the present world order“ (2015, S. 73).

## Neuer Bellizismus oder Friedenskultur?

Hier prallen offensichtlich zwei Welten aufeinander: auf der einen Seite diejenigen, die meinen, angesichts der *Zeitenwende* einen „gesinnungsethischen Verteidigungsbellizismus“ (Nielebock, 2023) vertreten und bildungspolitisch durchsetzen zu müssen; auf der anderen Seite das Anliegen der Friedenspädagogik, gerade aufgrund des Faktums, dass in der Welt Unfrieden und eine Kultur der Gewalt vorherrschen, einen Beitrag zur Überwindung dieses Zustandes zu leisten. Um nochmals Betty Reardon zu zitieren: „The general purpose of peace education is to promote the development of an authentic planetary consciousness that will enable us to function as global citizens and to transform the present human condition by changing social structures and patterns of thought that have created it“ (2021, xxviii). Friedenspädagogik rechnet also mit

der Tatsache, dass die Welt nicht friedlich ist, ist aber nicht bereit, sich deswegen der vorherrschenden Logik der Gewalt zu beugen, sondern arbeitet ihr entgegen. „Central to a critical politics of peace is a radical moral imperative – the transformation of contemporary structures of inequality and social exclusions that rationalize war through a contradictory rhetoric that embraces militarism as essential to peace“ (Darder, 2012, xvii). Dabei geht es ihr auch darum zu erhellen, welche Rolle Bildung und das Bildungssystem bei der Herausbildung einer Gewaltkultur bzw. ihrer Überwindung spielen. Eine so verstandene Friedenspädagogik beruht auf dem einmal erreichten internationalen Konsens, wie er in zahlreichen Dokumenten und Beschlüssen der UNO und UNESCO festgeschrieben wurde. Dies infrage zu stellen, bedeutet letztlich, sich hinter den erreichten zivilisatorischen Stand zurückfallen zu lassen. Doch auf diese zentrale Aufgabe der Friedenspädagogik, ihre *raison d'être*, lassen sich beide Autoren nicht ein, sondern erklären sie für obsolet. Indem sie meinen, alle Pädagogik der *Zeitenwende* unterordnen zu müssen, verfehlen sie aber die Aufgabe der Politischen Bildung als kritische Reflexionsinstanz, die angesichts von schweren Konflikten und Kriegen umso wichtiger wird. Ein Blick auf die internationale Bildungslandschaft und auf die Geschichte der Friedenspädagogik zeigt, wie verbreitet der Gegenwind gegen Friedenspädagogik und die Militarisierung von Bildung immer schon waren. Aber alle, die einer Militarisierung das Wort reden, müssen sich den kritischen Fragen stellen, die die Herausgeber des Buches *Educating for Peace in a Time of Permanent War* so formulieren: „Kann eine Gesellschaft überhaupt gebildet sein, die es vorsätzlich vermeidet, den Frieden als ihr zentrales Ziel zu betrachten? Kann eine Demokratie existieren, wenn die zentralen Begriffe von Krieg und Frieden nicht verstanden, praktiziert, befürwortet und in der öffentlichen Debatte verankert werden?“ (Carr & Porfilio, 2012, S. 2, eigene Übersetzung).

## Literatur

- Abs, H. J. (2023). *Der Krieg in der Ukraine als neuer Horizont für politische Bildung und Demokratiepädagogik*. Bundeszentrale für politische Bildung: Deutschland Archiv. 27.07.2023. Zugriff am 06.01.2024 <https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/523503/der-krieg-in-der-ukraine-als-neuer-horizont-fuer-politische-bildung-und-demokratiepae-dagogik/>
- Carr, P. R., & Porfilio, B. J. (Hrsg.) (2012). *Educating for Peace in a Time of "Permanent War"*. *Are Schools Part of the Solution or the Problem?* New York & London: Routledge. <https://doi.org/10.4324/9780203112328>
- Charim, I. (2023). Im Sog der Einseitigkeiten. *Falter* 49/2023, 9.
- Darder, A. (2012). Preface: In Search of Peace in a Culture of War. In P. R. Carr & B. J. Porfilio (Hrsg.), *Educating for Peace in a Time of "Permanent War"*. *Are Schools Part of the Solution or the Problem?* New York & London: Routledge, xv–xxi.
- Forum Politische Bildung (Hrsg.) (2023). *Wi(e)der den Krieg*. Wien: Demokratiezentrum. <https://www.politischebildung.com/informationen-zur-politischen-bildung/wider-den-krieg/>
- Nielebock, T. (2023). *Bleibt nur Gegengewalt? Gesinnungsethischer Verteidigungsbellizismus als Herausforderung für die politische Bildung*. Bundeszentrale für politische Bildung: Deutschland Archiv 13.10.2023. Zugriff am 06.01.2024 <https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/541571/bleibt-nur-gegengewalt/>
- Reardon, B. A. (2015/1978). The knowledge industry. In B. A. Reardon & D. T. Snauwaert (Hrsg.), *Betty A. Reardon: A pioneer in education for peace and human rights*. Cham: Springer, 71–80. <https://doi.org/10.1007/978-3-319-08967-6>
- Reardon, B. A. (2021/1988). *Comprehensive Peace Education. Educating for Global Responsibility*. Tucson: Peace Knowledge Press.
- Sander, W. (2023). (Nie) wieder Krieg? Fragen an die Politische Bildung. In Forum Politische Bildung (Hrsg.), *Wi(e)der den Krieg. Informationen zur Politischen Bildung Nr. 51*, Wien: Demokratiezentrum, 18–22.
- Schuster, G. (2022). *Schule der Nation: Friedenspädagogik trifft „Zeitenwende“*. *Telepolis*, 7. Dezember 2022. Zugriff am 06.01.2024 <https://www.telepolis.de/features/Schule-der-Nation-Friedenspaedagogik-trifft-Zeitenwende-7368418.html?seite=all>

Werner Wintersteiner

[doi.org/10.31244/zep.2024.01.13](https://doi.org/10.31244/zep.2024.01.13)